

Sylvia Veit

Bache, Ian and Louise Reardon: *The Politics and Policy of Wellbeing. Understanding the Rise and Significance of a New Agenda*. 2016. Cheltenham: Edward Elgar. 200 Seiten. ISBN: 978 1 78347 934 4 (Paperback), £ 19,96

“Too much and for too long, we seemed to have surrendered personal excellence and community values in the mere accumulation of material things. Our Gross National Product (...) counts air pollution and cigarette advertising, and ambulances to clear our highways of carnage. It counts special locks for our doors and the jails for the people who break them. It counts the destruction of the redwood and the loss of our natural wonder in chaotic sprawl. (...) Yet the gross national product does not allow for the health of our children, the quality of their education or (...) the strength of our marriages, the intelligence of our public debate or the integrity of our public officials. It measures neither our wit nor our courage, neither our wisdom nor our learning, neither our compassion nor our devotion to our country, it measures everything in short, except that which makes life worthwhile.” (Robert Kennedy, 1968)

Das in diesem 50 Jahre alten Zitat zum Ausdruck kommende Unbehagen am Wirtschaftswachstum als übergeordnetes politisches Ziel steht im Mittelpunkt des im letzten Jahrzehnt zunehmend populär gewordenen politischen und wissenschaftlichen Diskurses rund um das Thema Wellbeing. Doch was genau unter Wellbeing verstanden wird, ist umstritten. Unterschiedliche Autoren betonen hier verschiedene Aspekte wie etwa Glück und mentales Wohlbefinden, die subjektiv empfundene Lebensqualität oder die (gesellschaftliche und politische) Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass Menschen ihre Potentiale entfalten und Sinn im Leben entwickeln können. Ungeachtet der kontroversen Debatten darüber, was Wellbeing im Detail umfasst, welche Ziele priorisiert werden, welche Policy-Maßnahmen sinnvoll sind und sogar wer für dieses Thema primär zuständig ist (die Regierung, die Zivilgesellschaft oder das Individuum), besteht Einigkeit in zwei Punkten: Erstens wird abgelehnt, das Bruttoinlandsprodukt als zentralen Indikator zur Messung gesellschaftlichen Fortschritts zu verwenden. Zweitens besteht Konsens über die wesentliche Bedeutung der subjektiv empfundenen Lebensqualität und Zufriedenheit für viele relevante gesellschaftliche Bereiche. Bezug wird dabei auf zahlreiche empirische Studien genommen, die belegen, dass diese Faktoren beispielsweise zu einer längeren Lebenszeit, mehr Erfolg im Beruf oder einem größeren zivilgesellschaftlichen Engagement beitragen.

In ihrem einführenden Werk „The Politics and Policy of Wellbeing“ beschäftigen sich Ian Bache (Centre for Wellbeing in Public Policy, University of Sheffield) und Louise Reardon (University of Leeds) mit zwei zentralen Fragestellungen: 1. Wie und warum ist die Idee von Wellbeing auf die politische Agenda gelangt? 2. Welche Implikationen ergeben sich aus diesem gestiegenen politischen Interesse an Wellbeing für konkrete Policies? Untersucht werden diese Fragen vor allem am Beispiel Großbritanniens, wobei die EU-Ebene in vergleichender Absicht betrachtet wird. Die empirischen Analysen basieren auf Dokumenten- und Literaturlauswertungen, den Erkenntnissen aus einer an Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen gerichteten Seminarreihe zum Thema sowie auf knapp 100 teilstrukturierten Interviews, die zwischen 2011 und 2015 geführt wurden. Theoretische Bezugspunkte der Analyse sind Kingdons Multiple-Streams-Ansatz und Halls Konzept des sozialen Lernens.

Nach Ansicht der Autoren kann Wellbeing als politisches Thema nicht ohne die Entwicklungen auf internationaler Ebene verstanden werden. Sie diskutieren deshalb in ihrem Buch zunächst die Relevanz internationaler Organisationen für das Agenda-Setting, bevor sie sich den konkreten Entwicklungen in Großbritannien und auf EU-Ebene zuwenden. Großbritannien wurde vor allem deshalb für die nähere Analyse ausgewählt, weil das Land zu den Vorreitern in diesem Bereich gehört. Die britische Regierung begann bereits in den 1990er Jahren, das subjektive Wellbeing mit Hilfe von Indikatoren zu messen, und beeinflusste damit die internationale Debatte.

Die Autor*innen beschreiben zwei Wellen der politischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit Wellbeing. In der ersten Welle in den 1960er und 1970er Jahren – in diese Zeit fällt auch das einleitend erwähnte Zitat von Kennedy – ging es vor allem um die Entwicklung von Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt zur Messung gesellschaftlichen Fortschritts in westlichen Demokratien. Die sog. Sozialindikatorenbewegung warb dafür, politische Ziele und Programme auf der Basis eines breiteren Sets an Indikatoren zu entwickeln, um auch nicht-materielle Faktoren der Lebensqualität zu erfassen. Mit der ab Mitte der 1970er Jahre einsetzenden Rezession in den entwickelten Industriestaaten endete diese erste Welle, ohne dass es gelungen war, die gewünschten Effekte in Richtung einer nachhaltigen Veränderung von Politikgehalten zu erreichen. Die zweite Welle (seit den 1990er Jahren) unterscheidet sich von der ersten in mindestens drei wesentlichen Punkten: Erstens spielen ökologische Themen eine viel größere Rolle und es existieren erhebliche Schnittstellen zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung (inklusive Nachhaltigkeitsindikatoren). Zweitens gibt es intensive Anstrengungen, das subjektive Wohlbefinden und die subjektive Lebensqualität der Bevölkerung zu messen, womit erhebliche methodische Kontroversen verbunden sind. Drittens ist der Einfluss internationaler Entwicklungen und Akteure – namentlich OECD, UN und EU – heute von wesentlicher Bedeutung. Viele Länder haben, inspiriert durch internationale Entwicklungen, eigene Indikatorensysteme oder Indizes zur Messung von Wellbeing, Glück oder Lebensqualität entwickelt.

Insgesamt zeigen die Analysen am Beispiel Großbritanniens, dass Wellbeing zwar auf die politische Agenda gelangt ist und auch zu inkrementellen Anpassungen von (sektoralen) Policies geführt hat, aber kaum grundlegende Änderungen von Programmen und Zielen erfolgt sind. Eines der wenigen Beispiele für umfassendere Policy-Implikationen des Wellbeing-Ansatzes ist das britische Programm zur Verbesserung des Zugangs zu psychologischen Therapien, welches auch aufgrund der entsprechenden Fundierung durch Daten des National Institute for Health and Care Excellence

durchgesetzt werden konnte. Die Bedeutung von Evidenz für die erfolgreiche Durchsetzung konkreter Wellbeing-Policies wird mehrfach betont. Weiterhin werden für Großbritannien die Anbindung an die Regierungszentrale und die Gründung des „What Works Centre for Wellbeing“ als wichtige Meilensteine zur Verankerung des Themas in der Politik hervorgehoben.

Das mit 159 Textseiten eher schmale Buch ist eine gelungene Einführung in die politische Diskussion rund um Wellbeing, insbesondere in Großbritannien und auf EU-Ebene. Die Leserführung ist hervorragend und der Schreibstil anschaulich. Die verwendeten Theorieansätze werden verständlich erläutert und in sehr gut nachvollziehbarer Weise für die empirische Analyse verwendet. Das Buch ist damit ohne Zweifel auch für Leser*innen geeignet, die sich bisher wenig oder gar nicht mit diesem Politikthema beschäftigt haben. All das prädestiniert das Buch für die Nutzung in Lehrveranstaltungen, etwa zur Policy-Analyse.

Wer einen systematischen Vergleich zwischen Großbritannien und der EU erwartet, wird jedoch enttäuscht werden. Auch werden viele Themen – etwa die methodischen Kontroversen – zwar überblicksartig dargestellt, aber nicht vertieft behandelt. Aus verwaltungswissenschaftlicher Perspektive fällt zudem auf, dass Fragen der Institutionalisierung nur sehr knapp behandelt werden. Beispielsweise wird die grundlegende Problematik, dass Querschnittspolitiken – und als eine solche kann Wellbeing eingeordnet werden – aufgrund institutioneller Rahmenbedingungen (Verwaltungsorganisation, Budgetprozess etc.) besonders schwer durchzusetzen sind, nicht adäquat diskutiert. Was fehlt, ist außerdem ein kritischer Blick auf die Wellbeing-Debatte: Wenn die subjektiv empfundene Lebensqualität nicht vom Einkommen und der Qualität des Sozialstaats abhängt, sind dann sozialpolitische Maßnahmen gar nicht so wichtig? Wie manipulationsanfällig sind die subjektiven Indikatoren? Und welches Staatsverständnis steht eigentlich hinter dieser Debatte? Fragen wie diese werden in dem Buch leider kaum gestellt und nicht näher diskutiert. Das Buch sei dennoch allen empfohlen, die einen ersten Einstieg in das Thema finden möchten oder sich besonders für die Entwicklungen in Großbritannien interessieren.

Anschrift der Autorin:

Prof. Dr. Sylvia Veit, Universität Kassel, Fachbereich 07, Fachgebiet Public Management, Kleine Rosenstr. 3, 34109 Kassel

E-Mail: sveit@uni-kassel.de